

Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Schwerin gemäß § 78 SGB VIII

24.11.2023

09:15-11:15 Uhr

Stadthaus, R. 1.029

Teilnehmende	Herr Glüer (Bauspielplatz, Sprecher AG), Herr Hagen (SODA EJ, Sprecher der AG), Herr Marquardt (AWO), Frau John (VFJS), Frau Guth (DKSB), Frau Trost (IB) Dörte Kerinn (Verwaltung), Maria-Christin Maertz (Verwaltung)
Abwesende	Entschuldigt: Herr Reschke (Schule der Künste), Herr Böttcher (SSB), Herr Fass (Caritas), Herr Littwin (VSP), Herr Westendorf (KJHV), Herr Siebernik (SJR), Frau Thölken (RAA) Unentschuldigt: Frau Hoffmann (DRK), Frau Pohl (AMT)
Protokollant/-in	Maria-Christin Maertz
Protokollkontrolle:	vom 29.09.2023 wurde bestätigt

Tagungsordnungspunkte

TOP 1	Begrüßung / Protokollkontrolle
Gesprächsinhalte	
Herr Glüer begrüßt die Teilnehmenden.	
Der Tagesordnungspunkt 6 – Wahl der Sprecher: innen wird aufgrund der geringen Teilnehmerzahl im allgemeinen Einvernehmen auf die nächste Sitzung verschoben. Herr Glüer und Herr Hagen erklären sich bereit, bis dahin die Aufgaben der Sprecher der AG weiterhin zu übernehmen.	
Es gibt keine Ergänzungen zum letzten Protokoll.	
Die heutige Tagesordnung wird unter mit oben genannter Änderung bestätigt.	
TOP 2	Mitteilung der Verwaltung
Gesprächsinhalte	
Die halbe Personalstelle im Bereich Förderung (Unterstützung Frau Scholz) ist derzeit nicht mehr besetzt, wird neu ausgeschrieben.	
Haushaltssperre wurde vom Oberbürgermeister verhängt, d.h. bis zur Aufhebung können nur Mittel in Höhe des Jahres 2023 beschieden (vorläufige Haushaltsführung) werden. Der Oberbürgermeister geht davon aus, dass die Haushaltssperre im 1. spätestens 2. Quartal aufgehoben wird – erst dann können die endgültigen Zuwendungsbescheide ausgestellt werden. In Klärung ist noch, ob die Erstellung von vorläufigen ZWBs in Höhe 2023 notwendig ist oder ob die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns bis dahin ausreichend ist. Frau Scholz wird dazu kurzfristig auf die Träger zugehen.	
Hinweis von Frau Scholz – Es muss kein gesonderter Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt werden, dies ist im regulären Antragsformular bereits erfolgt.	
Ergänzungen/Anmerkungen	

Nachfrage: Inwiefern hat die Haushaltssperre Auswirkungen auf die Bearbeitung/Bescheidung der Änderungsanträge für die Jahre 2023 und 2024?

Rückmeldung Fachdienst Jugend: Bislang sind Änderungsanträge von 6 Trägern eingegangen. Im ersten Quartal kommenden Jahres wird der Stadtvertretung ein Nachtragshaushalt vorgelegt. Der Fachdienst Jugend geht davon aus, dass in diesem die gemeldeten Mehrbedarfe (nach Antragsprüfung) berücksichtigt werden.

Anmerkungen Herr Hagen:

Der Antrag „Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit sichern“ wurde von der Stadtvertretung in den Hauptausschuss verwiesen.

Im Rahmen der Stadtvertretungssitzung wurden 3 Anträge von Seiten der AfD gestellt, welche ebenfalls in den Hauptausschuss verwiesen wurden. Diese werden bei Versendung des Protokolls angehängt.

TOP 3	Information der UAG zum Sachstand „Weiterentwicklung der Trägerverbände“
Gesprächsinhalte	
	Es erfolgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe, anhand der erstellten Übersicht durch den Fachdienst Jugend.
	Vorschlag der Verwaltung ist die kurzfristige Umsetzung der erarbeiteten Veränderungen im Jahr 2024 als „Testphase“. Erkenntnisse und Ergebnisse fließen sodann in die weiteren Erarbeitungen der UAG ein.
	<p>Konkrete Änderungen ab 2024:</p> <ul style="list-style-type: none"> -freiwillige Teilnahme an den Trägerverbandsitzungen -Mitgliederstatus kann von alle durch die LHS geförderten Fachkräfte erlangt werden (auch bspw. aus dem Bereich HzE), als auch durch Einzelfallentscheidung von weitere Fachkräfte (nach positiven Votum des Trägerverbands und unter Einbezug des Fachdienstes Jugend) -die Zusammenarbeit zwischen dem TV I und dem TV II wird ausgeweitet, die Möglichkeit der Erreichung einer gemeinsamen Arbeitsstruktur soll evaluiert werden
	Weitere Modifizierungselemente sind der, dem Protokoll anhängenden Übersicht zu entnehmen und sollen im Laufe des Jahres 2024 ff. in entsprechende Formalia (Kooperationsvereinbarung, Geschäftsordnung, Richtlinie zur Förderung kurzfristiger Projekte) eingearbeitet werden.
	Zielstellung siehe Übersicht.
	<p>Anmerkungen:</p> <p>Der Bereich Hilfen zu Erziehung sei im Zusammenhang mit der Bedarfskonferenz hier sinnvoller Weise auch mit einzubeziehen bzw. die Umsetzbarkeit dessen sei zu prüfen.</p> <p>Implementierung einer Sozialraumanalyse im Rahmen der Jugendhilfeplanung (durch den Fachdienst Jugend in Kooperation mit den freien Trägern und Fachkräften) sei langfristig anzustreben.</p>
Ergebnisse/Festlegungen	
	<p>Die Erarbeitungen und Modifizierungsvorhaben der UAG werden von der AG gem. §78 inhaltlich befürwortet. Die AG §78 informiert den JHA am 06.12.2023.</p> <p>Über die weiteren Erkenntnisse wird in den folgenden Sitzungen informiert.</p> <p>Die Übersicht zum Sachstand der Weiterentwicklung wird an das Protokoll angehängt.</p> <p>Zur Erreichung eines einheitlichen Informationsstands werden die Träger gebeten, Ihren Fachkräften die Ausarbeitungen zur Verfügung zu stellen.</p>

TOP 4	Bedarfsentwicklung der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit für den Doppelhaushalt 2025/2026-Information und Austausch zu den nächsten Schritten, inkl. Rückmeldung zu den Fortbildungswünschen für das Jahr 2024
Gesprächsinhalte	
	Frau Kerinn fasst die Erkenntnisse der letzten Sitzungen zusammen - siehe vorangegangene Protokolle.
	In Vorbereitung der AG wurden als nächste notwendige Schritte die Durchführung von Trägergesprächen, die Anpassung des Bedingungsrahmens und die Prüfung der Möglichkeit der Erstellung einer „digitalen Landkarte“ aller Angebote durch die Jugendhilfeplanung mit den Sprechern der AG identifiziert.
	Herr Marquardt merkt an, dass der Gremienlauf zu beachten sei und demnach eine Planung bis Mai 2024 abgeschlossen sein sollte.
	Es wird vorgeschlagen, wenn möglich den Prozess der Haushaltsanmeldung/Antragstellung nach vorne zu verlegen und möglicherweise schon im Februar 2024 Planzahlen an den Fachdienst Jugend weiterzuleiten.
	Die Träger melden folgende mögliche Themen im Zusammenhang mit stadtweiten Fortbildungsbedarfen: -Konfliktsituationen an Schulen/ Umgang mit schulaversivem Verhalten/ Schnittstellen Schule und Jugendhilfe -gewaltfreie Kommunikation -Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Alltagsbewältigung -KI (künstliche Intelligenz) -Konzept und Methoden der Sozialraumorientierung
	<i>Nachtrag der Protokollantin: Da Herr Hagen die Sitzung frühzeitig verlassen muss, werden folgende Fortbildungswünsche von Seiten der Sozial-Diakonischen Arbeit – Evangelischen Jugend im Nachgang ergänzt:</i> -Umgang mit suizidalen Jugendlichen -Suchtprävention -Arbeit mit Abhängigen
Ergebnisse/Festlegungen	
	Die Thematik „aktueller Umsetzungsstand des Bedingungsrahmens“ (insbesondere inhaltlicher Art) wird als Tagesordnungspunkt für die Januarsitzung aufgenommen. Dazu werden die eingereichten Kurzbeschreibungen der Projekte gesammelt im Vorhinein der nächsten Sitzung durch den Fachdienst Jugend zur Verfügung gestellt. ! Die Sitzungsdauer der Januarsitzung wird um eine Stunde verlängert (9.15 - 12.15Uhr). Eine Abstimmung / Vernetzung mit dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung wird als notwendig angesehen. Die Sprecher der AG empfehlen im Jugendhilfeausschuss die Auftragserteilung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung ggf. erfolgt sodann eine Einladung des UA in die nächste Sitzung der AG.

TOP 5	Wahl der Sprecher:innen der AG für die Jahre 2024/2025
Gesprächsinhalte	
	Verschoben auf die Januarsitzung, siehe oben.

TOP 6	Termine für 2024 und Themensammlung
Ergebnisse/Festlegungen	
<p>Vorschläge: 26.01.2024; 12.04.2024; 27.09.2024; 15.11.2024 + Ausweichtermin am 28.06.</p> <p>Werden unter dem Vorbehalt der Abstimmung mit den Sitzungen der AG HzE so vereinbart.</p> <p><i>Nachtrag der Protokollantin:</i> <i>Keine terminliche Überschneidung mit der AG HzE.</i></p>	

TOP 7	Sonstiges
Gesprächsinhalte	
<p>Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 4 wird ein akuter, träger- und bereichsübergreifender Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der aktuellen Situation in Bildungseinrichtungen (Schulen und auch Kitas) deutlich.</p> <p>Die Krisensituationen an Schulen nehmen in Ihrer Häufigkeit und Intensität zu. Lehrpersonal und Schulleitungen sind oftmals stark überfordert. Es kommt zu massiven Unterrichtsausfällen, wodurch die Chancenungleichheit von benachteiligten Kindern und Jugendlichen nochmals verstärkt wird. Schul- und Jugendsozialarbeit allein können an dieser Stelle nur punktuelle Abhilfe leisten. Es kommt zu einer Verlagerung der Handlungsschwerpunkte hin zur reinen Intervention (Krisenbekämpfung). Präventive Angebote finden dadurch immer weniger Raum in der Arbeit vor Ort und können dementsprechend auch keine Wirkung entfalten.</p>	
Ergebnisse/Festlegungen	
<p>Die Thematik muss auf höherer Ebene mit allen relevanten Beteiligten lösungsorientiert besprochen werden. Die Sprecher der AG JA/JSA und der AG HzE besprechen diese Thematik mit den Sprechern der AG Kita im Vorfeld des nächsten Jugendhilfeausschusses, bereiten ggf. eine entsprechende Beschlussvorlage vor. Die Idee ist die gemeinsame Empfehlung der Entwicklung und Initiierung eines geeigneten Formats mit den relevanten Beteiligten (staatliches Schulamt, Bildungsministerium, Dezernat Jugend, Fachdienst Bildung, Fachdienst Jugend, Freie Träger, ggf. u.a.) unter Koordination der Landeshauptstadt Schwerin.</p>	